

Antrag

Initiator*innen: LPT // Protokoll

Titel: Die Ausbildung auch in Krisenzeiten stärken

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 *Der SPD Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen*
2 *Landtag sowie an die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:*

3 Zur Stärkung der Ausbildung auch in Zeiten von Corona sollen folgende Maßnahmen
4 ergriffen werden:

- 5 • Es muss sichergestellt werden, dass es beim Wegfallen von praktischen
6 Ausbildungseinheiten gute Alternativen gibt, die Ausbildungsinhalte zu
7 vermitteln. Daher fordern wir:
 - 8 ◦ Zusätzliche finanzielle Förderung von Berufsschulen in Krisenzeiten
 - 9 ◦ Unterstützung des Digitalisierungsprozesses in Berufsschulen
 - 10 ◦ Bessere Ausstattung von Berufsschulen, damit diese ein sicheres und
11 umfangreiches Lernen ermöglichen können
- 12 • Es muss gewährleistet werden, dass Auszubildende, deren Betriebe insolvent
13 gehen, ihre Ausbildung in einem anderen Betrieb fortsetzen können.
14 Außerdem muss es trotz der unsicheren wirtschaftlichen Lage auch für
15 kommende Bewerber*innen ausreichend Ausbildungsplätze geben. Daher fordern
16 wir:

- Unterstützung für Betriebe, die Auszubildende aus insolventen Betrieben übernehmen
 - Förderung von Verbund- bzw. Auftragsausbildungen, um Unternehmen zu entlasten und Auszubildenden umfangreichere Lernmöglichkeiten zu bieten
 - Stärkere Förderung von kleinen Betrieben, die ausbilden möchten; dies soll durch die Einführung einer Ausbildungsgarantie in Verbindung mit der Ausbildungsplatzumlage abgesichert werden
- Die finanzielle Sicherheit der Auszubildenden muss auch in Krisenzeiten gewährleistet werden. Daher fordern wir:
 - Die Verlängerung der Berufsausbildungsbeihilfe bei Verschiebung der Abschlussprüfung oder Verlängerung des Ausbildungsverhältnisses
 - Finanzielle Hilfen während der Suche nach einem neuen Ausbildungsbetrieb
 - Es muss gewährleistet werden, dass Auszubildende, wenn sie aufgrund dieser besonderen Umstände das Ausbildungsziel nicht erreichen, die Ausbildungsdauer ohne Einschnitte verlängern können. Daher fordern wir:
 - Dass das Ausbildungsgehalt weiterhin gezahlt wird
 - Dass Finanzielle Hilfen, wie die Berufsausbildungsbeihilfe, weiterhin gezahlt werden
 - Es braucht Sicherheit für Auszubildende, deren Zwischenprüfung, die eine Voraussetzung zur Teilnahme an der Abschlussprüfung ist, ausgefallen ist. Daher fordern wir:
 - Eine zeitlich befristete Änderung des BBiG, nach der der Ausfall der Zwischenprüfungen keine Auswirkungen auf die Zulassung an der Abschlussprüfung hat
 - Aufklärung der betroffenen Auszubildenden über ihre Rechte und Möglichkeiten, beispielsweise über die IHK oder ähnliche Institutionen

Begründung

Die Folgen der Corona-Pandemie haben auch Auszubildende zu spüren. Viele Betriebe konnten und können die Ausbildung aufgrund der Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie nicht ausreichend weiterführen. Es ist nicht gewährleistet, dass Auszubildende im vorgesehenen Zeitraum das Ausbildungsziel

50 erreichen können. Die Abschlussprüfung muss verschoben oder die Ausbildungszeit
51 verlängert werden.

52 Oft werden Auszubildende ins HomeOffice geschickt, wo dann der Kontakt zu den
53 Ausbildern abbricht oder sie ausbildungsfremde Tätigkeiten ausführen sollen. Die
54 Arbeitsmittel werden nicht oder ungenügend zur Verfügung gestellt und
55 Auszubildende sind auf sich allein gestellt.

56 Auch die Berufsschulen sind nicht immer ausreichend ausgestattet, um das
57 digitale Lernen sinnvoll und erreichbar für alle zu gestalten.

58 Vor allem Auszubildende aber auch die ausbildenden Betriebe und Berufsschulen
59 brauchen Unterstützung und klare Vorgaben, wie Ausbildung in Krisenzeiten
60 gestaltet werden kann. Es muss oberste Priorität sein, dass alle Möglichkeiten
61 ausgeschöpft werden, Auszubildende weiterhin gut zu schulen und die
62 Ausbildungsinhalte umfangreich zu vermitteln.

63 Dafür braucht es an den nötigen Stellen Unterstützung für die Betriebe und
64 Schulen sowie rechtliche Sicherheit für die Auszubildenden.